

Kooperation für stabile Politik



Besiegeln die Zusammenarbeit im Jülicher Rat: CDU-Vorsitzender Jan Schayen, CDU-Fraktionsvorsitzender Frank Radermacher, JüL-Fraktionschef Heinz Frey und Dr. Hendrik Vollrath, Vorsitzender der Wählergemeinschaft JüL (von links). Foto: Burkhard Giesen

BURKHARD GIESEN

Beide Fraktionen wollen die Stadt sachorientiert weiterentwickeln – trotz einer absehbar schwierigen Haushaltsslage in den kommenden Jahren.

JÜLICH Vier Monate nach der Kommunalwahl haben sich CDU und UWG-JüL im Rat der Stadt auf eine Kooperation für die Wahlperiode bis 2030 geeinigt. Beide Fraktionen verfügen mit 20 Ratsmandaten über eine stabile Mehrheit. Auch FDP-Mann Frank Bourguignon trägt die Vereinbarung mit.

„Es sind finanziell schwere Zeiten, die uns bevorstehen. Wir wollen deshalb auf eine verlässliche, stabile Politik setzen“, betonte bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung CDU-Fraktionsvorsitzender Frank Radermacher. Auch JüL-Fraktionsvorsitzender Heinz Frey stellte heraus, dass man verantwortungsvoll, verlässlich und planbar Politik gestalten wolle. Ziel sei es, Jülich als Mittelpunkt in der Region weiter zu stärken.

Dabei haben sich beide Fraktionen zunächst durchaus schwer getan, zueinander zu finden. Im ersten Anlauf zur konstituierenden Ratssitzung scheiterte eine Kooperation noch, beide Fraktionen agierten trotz großer inhaltlicher Gemeinsamkeiten getrennt und

konnten sich beispielsweise nicht auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Wahl der Stellvertretenden Bürgermeister einigen. Das ist jetzt gelungen – auch dadurch, dass beide Fraktionen in der Vereinbarung eher beschreiben, wie sie gemeinsam zu Entscheidungen kommen wollen, als dass Inhalte abschließend geklärt werden. „Diese Vereinbarung regelt die Grundsätze, Prozesse und Formen der Zusammenarbeit der Ratsfraktionen. Sie stellt keinen abschließenden inhaltlichen Koalitionsvertrag dar“, heißt es denn auch direkt zu Beginn der Vereinbarung, die unter anderem vorsieht, dass Entscheidungen „sachorientiert und lösungsbezogen getroffen“ werden. Gemeinsame Positionen sollen zudem frühzeitig beraten und „grundsätzlich im Konsens“ getroffen werden. Warum dass für beide Fraktionen wichtig ist, machte Norbert Hempsch von der CDU deutlich: „Wir wissen von der vergangenen Legislaturperiode, dass wir ähnliche Vorstellungen haben und in neun von zehn Fällen gleich abstimmen. In der Vergangenheit haben wir oft aber erst bei der Abstimmung gesehen, dass die andere Fraktion auch so abstimmt. Mit dieser Kooperation können wir uns viel früher inhaltlich auseinandersetzen, Ideen entwickeln und sie vor allem auch umsetzen.“

Und die Inhalte? „Die Eckpunkte stehen alle fest. Trotz einer desolaten Haushaltsslage müssen wir Neubaugebiete entwickeln und die Wohnqualität in Jülich erhalten. Und wir haben hohe Investitionen vor der Brust: vom Hallenbad über den Erhalt des Krankenhauses, dem Ersatz für das Rathaus bis hin zur neuen Feuerwache. Wenn wir als Stadt weiter wachsen wollen, müssen wir geschlossen nach vorne gehen“, betonte CDU-Vorsitzender Jan Schayen und ergänzte: „Wir müssen zu Ergebnissen kommen. Dafür benötigen wir Mehrheiten – auch im Dialog mit anderen Parteien.“

Erste Ergebnisse

In einzelnen Punkten sind CDU und UWG bereits zu Ergebnissen gekommen. Etwa bei einer wichtigen Personalfrage: der Neubesetzung der Stelle des Technischen Beigeordneten. Auch wenn die Organisation der Verwaltung die Aufgabe des Bürgermeisters ist, will man sich dafür einsetzen, das Dezernat nicht neu zu besetzen und stattdessen die zwei kommissarischen Leiter Robert Helgers und Stefan Sistemich für die kommenden Jahre nicht mehr nur kommissarisch mit der Aufgabe zu betrauen. „Die leisten eine hervorragende Arbeit, und wir können das freiwerdende Geld in neue Stellen investieren“, erklärte Frank Radermacher – gerade auch mit Blick auf eine dauerhafte Lösung, weil sowohl Helgers als auch Sistemich in den kommenden Jahren in Rente gehen werden.

„Natürlich gibt es auch inhaltliche Unterschiede zwischen beiden Fraktionen“, sagt Radermacher. Gerade deswegen und mit Blick auf die schwierige Finanzlage wird man sich darauf geeinigt haben, Entscheidungen sachbezogen zu treffen. Radermacher: „Wir werden einen Plan entwickeln, wann was wo prioritär umgesetzt werden muss. Das auch

in Gesprächen mit der Verwaltungsspitze. Und wir sind auch bereit, Themen unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Effektivität neu zu beleuchten.“

Unabhängig davon haben beide Fraktionen dennoch Arbeitsschwerpunkte formuliert. So wollen sie die Stadtentwicklung weiter vorantreiben, wollen „Ordnung und ein gepflegtes Stadtbild“ als „dauerhafte Kernaufgabe“ behandeln, eine sozial ausgewogene Politik betreiben, die Dörfer weiter entwickeln und eine verlässliche Wirtschaftspolitik inklusive zukunftsorientierter Ansiedlungen betreiben. In einem Punkt setzten CDU und UWG-JÜL noch ein besonderes Zeichen: Trotz angespannter Haushaltslage wollen sie nicht bei den freiwilligen Leistungen sparen – nicht bei Vereinen, Kultur oder Stadtbücherei. Vielleicht das wichtigste Versprechen, das am schwersten einzuhalten sein könnte.